

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Die Linke zum Haushalt der Stadt Gronau 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Bürgerinnen und Bürger,

Dieses Jahr stehen wir vor großen Herausforderungen. Die Haushaltsberatungen für die Jahre 2025 und 2026 haben gezeigt, dass uns keine rosigen Zeiten bevorstehen und die Kassen klamm sind. Wir müssen unsere Pflichtaufgaben erfüllen, geplante Investitionen tätigen und gleichzeitig Baustellen, wie beispielsweise die Schulsanierungen, angehen. Zudem wollen wir weiterhin unsere Vereine in Sport, Kultur und Stadtentwicklung finanziell unterstützen.

Ein konkreter Posten im aktuellen Haushaltsplan ist die Errichtung einer neuen Obdachlosenunterkunft am Drosselweg in Containerform, für die 600.000 Euro eingestellt wurden. Solche Ausgaben zeigen, dass wir trotz knapper werdender Mittel weiterhin soziale Verantwortung tragen und unsere Stadt zukunftsfähig gestalten müssen. Trotzdem lehnen wir eine Unterbringung der Obdachlosen am Stadtrand weiterhin ab. Wir befürworten jedoch das ein Gesamtkonzept erarbeitet wird damit hilfebedürftige Menschen nicht erneut sich selbst überlassen werden, wie es am Standort Kloster 17 geschehen ist.

Wir beraten heute den Haushalt der Stadt Gronau für das Jahr 2026. Der vorliegende Entwurf weist ein Defizit von 8 Millionen Euro aus. Dieses Defizit scheint auf den ersten Blick vielleicht noch beherrschbar, doch dürfen wir uns nicht täuschen lassen: Es fällt nur deshalb so "gering" aus, weil wir erneut Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 12 Millionen Euro einplanen konnten. Ohne diese Gelder sähe die Lage dramatischer aus. Zudem ist dieser Haushalt, wie schon im Vorjahr, nur fiktiv ausgeglichen und bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.

Im Falle einer Haushaltsicherung würde es bedeuten, dass wir alle unsere freiwilligen Leistungen verlieren. Dies wäre aus unserer Sicht ein maximal katastrophales Ergebnis, das vor allem denjenigen schadet, die auf uns angewiesen sind. Sei es die Frauenhäuser, die Schüler*innen die zur Schule kommen müssen oder die Sportvereine. Sie alle würden ihre Zuwendungen auf das rechtliche Minimum reduziert bekommen und im schlimmsten Fall alle Mittel verlieren.

Die finanzielle Situation unserer Stadt ist eindeutig kritisch. Wenn sich an der Gemeindefinanzierung nicht grundlegend etwas ändert, wird sie sich voraussichtlich weiter verschlechtern. Alle Fraktionen hier im Rat haben versucht, diesen Entwurf zu konsolidieren. Doch es ist keine Neuigkeit mehr, und es wird jedes Jahr dringender: Bundesweit sind immer mehr Kommunen finanziell überfordert.

Gronau bildet dabei leider keine Ausnahme.

Innerhalb der Grünen und Linken Partei gibt einen dringenden Appell an die Träger*innen politischer Verantwortung in Land und Bund: Sie müssen endlich eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzierung angehen und unsere Städte und

Gemeinden stärken. Erste kleine Schritte haben zwar unsere Haushaltslage hier und da verbessert, doch der Deutsche Städtetag fordert seit Jahren eine „echte Trendwende“ – Doch diese ist bisher ausgeblieben.

Unsere Städte und Gemeinden werden ohne eine auskömmliche Finanzierung der vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge langsam, aber sicher, verfallen. Dazu verlieren sie ihre entscheidende Funktion als erste Anlaufstelle für die Bürger*innen in einer vertrauenswürdigen Demokratie. Investitionen in die kommunale Daseinsvorsorge sind unverzichtbar, doch sie geraten aufgrund der wachsenden Finanznot zunehmend ins Wanken.

Ein schmerzhaftes Beispiel dafür ist die Sanierung der Bernhard-Overberg-Schule. Diese wichtige Investition bleibt auf der Strecke. Auch wenn unsere Fraktion schweren Herzens zugestimmt hat, den Bau der Schule zu verschieben, war dies für uns und sicherlich auch für alle anderen Fraktionen keine leichte Entscheidung. Es ist ein Zeichen dafür, wie tief wir in die Substanz eingreifen müssen, um den Haushalt noch ansatzweise zu stabilisieren. Eine Schule, deren Schadstoffbelastung zwar rechtlich gesehen im Rahmen liegt, aber laut aktuellen Empfehlungen des Bundestages eigentlich nicht mehr modernen Ansprüchen genügt, muss saniert werden! Es kann nicht sein, dass nur die Entscheidung zur Nichtanwendung einer neuen Empfehlung als Begründung genutzt wird, die Sanierungen nicht durchführen zu müssen. Solch eine Entscheidung sollte eine Kommune niemals treffen müssen. In der aktuellen Haushaltslage waren wir jedoch dazu gezwungen.

Selbst in dieser angespannten Situation ist es unerlässlich, dass wir nicht blind an jeder Stelle sparen. Unsere oberste Priorität ist es, sicherzustellen, dass kommunale soziale Leistungen und der Klimaschutz nicht zugunsten des Sparzwangs geopfert werden. Sei es die Verbraucherzentrale, der Schülertransport oder die Frauenhäuser – hier darf auf keinen Fall Geld eingespart werden.

Wir brauchen dringend mehr Priorisierung und eine höhere Effektivität des städtischen Handelns. Bereits im letzten Jahr haben wir in unserer Haushaltsrede die Durchführung einer Untersuchung zur Effektivität der Stadtverwaltung unterstützt. Nun liegt uns der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (NRW) vor, der uns in der letzten Ratssitzung präsentiert wurde. Das Fazit ist eindeutig: Wir sind dringend aufgefordert, weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Es darf jedoch nicht einfach davon ausgegangen werden das Blind 20% aller Stellen gekürzt werden können und so Einsparungen erreicht werden. Besonders wenn wir von einer Verwaltung reden, die schon jetzt teilweise überlastet ist. Die Arbeitslast durch abgebaute Stellen wird nicht einfach durch KI und Digitalisierung verschwinden. Allein die Kosten einer datenschutzkonformen Verwaltungs-KI, würde die Einsparungen durch Personalabbau massiv überschreiten. Es sei denn, sie wird von Bund und Land bereitgestellt.

Trotzdem begrüßen wir den Vorstoß, die Effizienz der Verwaltung durch Digitalisierung zu stärken. Wer sich schon einmal mit Digitalisierung in der Verwaltung beschäftigt hat, weiß, dass sich diese nicht in einem so kurzen Zeitfenster umsetzen lässt.

Wir müssen erneut dazu kommen, dass die Haushalte so aufgestellt werden können, dass sie auskömmlich sind. Ständig auf unsere Ausgleichsrücklagen zurückgreifen zu müssen, darf kein Dauerzustand sein. Es ist unsere Aufgabe, stabile Haushalte für die kommenden Jahre zu erstellen und zu verabschieden. Das wird keine leichte Aufgabe sein, und es erfordert von uns allen Mut, Weitsicht und die Bereitschaft, schwierige Entscheidungen zu treffen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Gronau auch in schwierigen Zeiten seine Handlungsfähigkeit behält und den Bedürfnissen unserer Bürger*innen gerecht wird.

Jetzt nochmal zum Sondervermögen der Bundesregierung. Der Bundestag hat im vergangenen Jahr in einem Reförmchen der Schuldenbremse beschlossen, ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen zu schaffen. Von diesen 500 Milliarden Euro sind 100 Milliarden Euro für die Bundesländer vorgesehen, 21 Milliarden davon für NRW. Insgesamt fließen davon 20 Millionen Euro an Gronau.

Und wofür nutzen wir das in diesem Haushalt? Zum Stopfen von Haushaltslücken! Wir bauen eine neue Grundschule, sanieren und erweitern das Gymnasium und finanzieren Straßenbaumaßnahmen und IT-Ausstattung.

Jetzt frage ich sie: Was davon ist eine zusätzliche Investition?

Die Grundschule: ist schon im Haushalt 2025 verortet.

Das Gymnasium: ist schon im Haushalt 2025 verortet.

Die Zuwegung ZBU, der Wertstoffhof, der Radweg: alles schon im Haushalt 2025 verortet!

Das bedeutet nicht, dass diese Investitionen unwichtig oder falsch sein! Es bedeutet auch nicht, dass diese Investitionen aufgegeben werden sollten! Auf gar keinen Fall!

ABER es zeigt, dass die Kritiker*innen des Sondervermögens mit einem Recht haben: Das Geld wird nicht für zusätzliche Investitionen, sondern zum Stopfen von Haushaltslücken genutzt. Ich mache unserer Verwaltung keinen Vorwurf. Auch Sie müssen innerhalb unserer Gesetze und dem engen Korsett der Idee eine Stadt als Unternehmen zu betrachten zu arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht sein dass sich eine Stadt nur dadurch mit einem Nasenloch über Wasser hält, indem sie glücklicherweise einen Platz im Zug des größten Verschiebebahnhofs Deutschlands bekommt!

Vor dem Ende meiner Rede ein abschließendes Wort an den Bürgermeister: Die Zusammenarbeit zwischen allen Fraktionen im Rat sowie der Verwaltung hat sich seit ihrer Wahl erheblich verbessert. Die regelmäßigen interfraktionellen Treffen, an denen fast alle Fraktionen teilgenommen haben, sind hierbei ein wichtiges Mittel der

Kommunikation geworden. Außerdem möchten wir uns für die klare Kommunikation über die Kosten von neu geplanten Projekten bedanken.

Nach ausführlichen Diskussionen hat sich unsere Fraktion dazu entschlossen, sich bei diesem Haushalt zu enthalten. Dies tun wir nicht, weil uns die bisherigen Einsparungen nicht zusagen oder weil wir meinen, es sei noch nicht genug gespart worden. Vielmehr wollen wir hiermit ein klares Zeichen an die Bundes- und Landespolitik senden: Unsere Kommune ist finanziell überfordert! Deshalb an dieser Stelle nochmal der dringende Appell an Bundesregierung und insb. die Landesregierung, sorgen Sie für eine auskömmliche Finanzierung!

Es kann nicht sein dass wir weiterhin nur die Möglichkeit haben, blind die Gewerbesteuer oder Grundsteuer zu erhöhen.

Wir sind in Zukunft aber weiterhin bereit aktiv daran mitzuarbeiten den Haushalt zu konsolidieren.

Vielen Dank!